

Inhaltsverzeichnis

30.09.2014 Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten

Sitzungsdokumente

Einladung Ausschüsse
Niederschrift ö BürgA 18.03.2014

Vorlagendokumente / Antragsdokumente

Top Ö 1	Bestellung von Schriftführern / Schriftführerinnen für den Ausschuss für Bürgerangelegenheiten Vorlage	Vorlage: 422/2014-1
Top Ö 5	Anregung nach § 24 GO vom 15., 17. und 22.04.2014 betr. Parkplätze im Oberdorf erhalten Vorlage Vorlage: 340/2014-9	Vorlage: 340/2014-9 Vorlage: 340/2014-9
	Anregungen Vorlage: 340/2014-9	Vorlage: 340/2014-9
Top Ö 6	weitere Anregung Anregung nach § 24 Go vom 12.08.2014 betr. Aufhebung der Sperrung Schulstrasse (ab Altenberger Gasse bis Schubertstrasse) Vorlage Vorlage: 582/2014-9	Vorlage: 582/2014-9 Vorlage: 582/2014-9
Top Ö 7	Anregung Beschwerde nach § 24 GO vom 29.08.2014 betr. Parkplatzprobleme, Borsteinabsenkung Lochnerstraße in Dersdorf Vorlage Vorlage: 583/2014-9 Beschwerde	Vorlage: 583/2014-9 Vorlage: 583/2014-9

Einladung



Sitzung Nr.	53/2014
BürgA Nr.	2/2014

An die Mitglieder
des **Ausschusses für Bürgerangelegenheiten**
der Stadt Bornheim

Bornheim, den 29.09.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Ausschusses für Bürgerangelegenheiten** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.

Die Sitzung findet am **Dienstag, 30.09.2014, 18:00 Uhr, in der Aula der Europaschule Bornheim, Goethestraße 1, 53332 Bornheim**, statt.

Die Tagesordnung habe ich im Benehmen mit dem Bürgermeister wie folgt festgesetzt:

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung von Schriftführern / Schriftführerinnen für den Ausschuss für Bürgerangelegenheiten	422/2014-1
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 14/2014 vom 18.03.2014	
5	Anregung nach § 24 GO vom 15., 17. und 22.04.2014 betr. Parkplätze im Oberdorf erhalten	340/2014-9
6	Anregung nach § 24 Go vom 12.08.2014 betr. Aufhebung der Sperrung Schulstrasse (ab Altenberger Gasse bis Schubertstrasse)	582/2014-9
7	Beschwerde nach § 24 GO vom 29.08.2014 betr. Parkplatzprobleme, Borsteinabsenkung Lochnerstraße in Dersdorf	583/2014-9
8	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
9	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen

Gezeichnet: Christian Koch
(Vorsitzende/r)

beglaubigt:

Schümacher-Laubert
(Stadtsratsrätin)

Niederschrift



Sitzung des **Ausschusses für Bürgerangelegenheiten** der Stadt Bornheim am Dienstag, **18.03.2014**, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	14/2014
BürgA Nr.	1/2014

Anwesende

Vorsitzender

Koch, Christian FDP-Fraktion

Mitglieder

Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion	
Hönig, Heinrich	CDU-Fraktion	ab TOP 12
Kleinekathöfer, Ute	SPD-Fraktion	
Odenthal, Kurt	CDU-Fraktion	
Pacyna, Michael Dr.	Bündnis90/Grüne	
Velten, Konrad	CDU-Fraktion	

stv. Mitglieder

Müller, Heinz	UWG/Forum-Fraktion	
Wirtz, Hans-Dieter	CDU-Fraktion	bis TOP 6

Verwaltungsvertreter

Brühl, Gerhard
Garbes, Elvira
Pieck, Johannes
Rehbann, Ulrich

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Feldenkirchen, Hans Gerd UWG/Forum-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 84/2013 vom 10.12.2013	
5	Anregung nach § 24 GO NRW vom 21.02.2014 betr. Fuß-/Radweg zum Sportplatz Hemmerich bauen, Verkehrsberuhigung Zweigrabenweg prüfen	152/2014-9
6	Anregung gem. § 24 GO vom 11.12.2013 betr. Änderung der Richtlinien der Stadt Bornheim zur Förderung der Kindertagespflege	028/2014-4

7	Anregung nach § 24 GO vom 08.01.2014 betr. Anordnung einer VZ-Kombination aus VZ 306 StVO (Vorfahrtsstraße) und VZ 274-55 StVO (zul. Höchstgeschwindigkeit 50 km/h) auf der Bornheimer Straße in Richtung Uedorf an der Einmündung des aus Richtung Herseler Friedhof kommenden Wirtschaftsweges in Bornheim	049/2014-9
8	Anregung gem. § 24 GO vom 27.01.2014 betr. Sicherstellung des Grundsatzes der Öffentlichkeit von Sitzungen	070/2014-1
9	Anregung gem. § 24 GO NRW vom 12.02.2014 betr. Anordnung von Verkehrszeichen und einer Fahrbahnmarkierung eines Fußgängerüberweges an der Königstraße	114/2014-9
10	Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 23.02.2014 betr. Gestaltung eines einwohnerfreundlicheren Fragerechts gem. § 20 GeschO	148/2014-1
11	Anregung nach § 24 GO NRW vom 24.02.2014 betr. Verkehrssicherheit des kombinierten Rad- und Fußweges (Bachbegleitweg) zwischen Königstraße und Fußkreuzweg in Bornheim	146/2014-9
12	Anregung nach § 24 GO NRW vom 24.02.2014 betr. Änderung der Straßenreinigungssatzung im Bereich Heideweg	158/2014-2
13	Anregung nach § 24 GO NRW vom 25.02.2014 betr. Prüfung der Anordnung von VZ 274 in Verbindung von VZ 136 StVO auf der Adenauerallee bzw. in Gegenrichtung dem Fußkreuzweg in Bornheim	147/2014-9
14	Anregung gem. § 24 GO vom 25.02.2014 betr. Qualitätsoptimierung durch Bezug des Wassers vom Wahnbachtalsperrenverband	190/2014-SBB
15	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
16	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Christian Koch eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten beschlussfähig ist.

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten beschließt,

1. die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt
 - 14 „Anregung gem. § 24 GO vom 25.02.2014 betr. Qualitätsoptimierung durch Bezug des Wassers vom Wahnbachtalsperrenverband“, Vorlage-Nr. 190/2014-SBB,
 zu erweitern,
2. den neuen Tagesordnungspunkt 14 nach Tagesordnungspunkt 12 zu behandeln und
3. die Tagesordnungspunkte 12 und 14 nach Tagesordnungspunkt 6 zu behandeln.

Stimmenverhältnis:
- Einstimmig -

Durch diese Änderung der Tagesordnung werden die bisherigen

TOP 14-15 zu neuen TOP 15-16.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 6,12, 14, 7-11, 13, 15-16.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 84/2013 vom 10.12.2013	
----------	--	--

Beschluss

Der Rat Ausschuss für Bürgerangelegenheiten erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 84/2013 vom 10.12.2013 keine Einwände.

- Einstimmig -

5	Anregung nach § 24 GO NRW vom 21.02.2014 betr. Fuß-/Radweg zum Sportplatz Hemmerich bauen, Verkehrsberuhigung Zweigrabenweg prüfen	152/2014-9
----------	---	-------------------

Die Petenten erläutern ihre Anregung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten empfiehlt dem Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften folgenden Beschlusssentwurf:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften beschließt auf Antrag aller Fraktionen,

1. dem Bürgermeister zu empfehlen, im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2015 Mittel für einen provisorischen Fußweg in Hemmerich vorzusehen,
2. dass die Baumscheibe zur Verkehrsberuhigung erhalten bleibt und ein straßenverkehrsrechtliches Anhörverfahren zur Park- und Verkehrssituation rund um den Kreisverkehrsplatz Zweigrabenweg durchzuführen.

- Einstimmig -

6	Anregung gem. § 24 GO vom 11.12.2013 betr. Änderung der Richtlinien der Stadt Bornheim zur Förderung der Kindertagespflege	028/2014-4
----------	---	-------------------

Der Petent erläutert seine Anregung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

1. nimmt die Anregungen zur Überprüfung der „Richtlinien der Stadt Bornheim zur Förderung der Kindertagespflege“ sowie der „Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder“ und die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und
2. bittet den Bürgermeister, die Ergebnisse einer Überprüfung dem Jugendhilfeausschuss mitzuteilen bzw. einer gesonderten Beschlussfassung der Ratsgremien zuzuführen.

- Einstimmig -

7	Anregung nach § 24 GO vom 08.01.2014 betr. Anordnung einer VZ-Kombination aus VZ 306 StVO (Vorfahrtsstraße) und VZ 274-55 StVO (zul. Höchstgeschwindigkeit 50 km/h) auf der Bornheimer Straße in Richtung Uedorf an der Einmündung des aus Richtung Herseler Friedhof kommenden Wirtschaftsweges in Bornheim	049/2014-9
----------	---	-------------------

Der Petent erläutert seine Anregung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und stellt fest, dass der Antrag damit erledigt ist.

- Einstimmig -

8	Anregung gem. § 24 GO vom 27.01.2014 betr. Sicherstellung des Grundsatzes der Öffentlichkeit von Sitzungen	070/2014-1
----------	---	-------------------

Der Petent erläutert seine Anregung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten stellt fest, dass die in § 48 Abs. 2 und § 58 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) geforderte Öffentlichkeit von Rats- und Ausschusssitzungen in der Stadt Bornheim gewährleistet ist und sieht daher den Antrag des Herrn Detlef Brenner vom 27.01.2014 als erledigt an.

- Einstimmig -

9	Anregung gem. § 24 GO NRW vom 12.02.2014 betr. Anordnung von Verkehrszeichen und einer Fahrbahnmarkierung eines Fußgängerüberweges an der Königstraße	114/2014-9
----------	--	-------------------

Der Petent erläutert seine Anregung.

Herrn Brenner wird ein Ordnungsruf durch den Ausschussvorsitzenden erteilt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und empfiehlt dem Ausschuss für Verkehr-, Planung und Liegenschaften ebenfalls Kenntnis zu nehmen und festzustellen, dass der Antrag damit erledigt ist.

- Einstimmig -

10	Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 23.02.2014 betr. Gestaltung eines einwohnerfreundlicheren Fragerechts gem. § 20 Gescho	148/2014-1
-----------	---	-------------------

Der Petent wünscht nicht das Wort.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten stellt fest, dass die in § 48 Abs. 1 Satz 3 Gemeindeordnung NRW eröffnete Möglichkeit, Fragestunden für Einwohner in die Tagesordnungen aufzunehmen, in der Stadt Bornheim umgesetzt wurde und sieht die diesbezügliche Anregung von Herrn Detlef Brenner vom 23.02.2014 als erledigt an.

- Einstimmig -

11	Anregung nach § 24 GO NRW vom 24.02.2014 betr. Verkehrssicherheit des kombinierten Rad- und Fußweges (Bachbegleitweg) zwischen Königstraße und Fußkreuzweg in Bornheim	146/2014-9
-----------	---	-------------------

Der Petent erläutert seine Anregung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters über die Beseitigung der Mängel am Bachbegleitweg zur Kenntnis und bittet den Bürgermeister auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, anhand der Fotodokumentation nochmals zu überprüfen, ob die Anregungen erledigt sind.

- Einstimmig -

12	Anregung nach § 24 GO NRW vom 24.02.2014 betr. Änderung der Straßenreinigungssatzung im Bereich Heideweg	158/2014-2
-----------	---	-------------------

Der Antragsteller war in der Sitzung nicht anwesend.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten beauftragt den Bürgermeister, die Straßenreinigungssatzung auf der Grundlage der mit Schreiben vom 24.02.2014 formulierten Anregung zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung dem Ausschuss und dem Petenten mitzuteilen.

- Einstimmig -

13	Anregung nach § 24 GO NRW vom 25.02.2014 betr. Prüfung der Anordnung von VZ 274 in Verbindung von VZ 136 StVO auf der Adenauerallee bzw. in Gegenrichtung dem Fußkreuzweg in Bornheim	147/2014-9
-----------	--	-------------------

Der Petent erläutert seine Anregung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen im Sachverhalt zur Kenntnis und empfiehlt dem Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften folgenden Beschlusssentwurf:

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und stellt fest, dass die Angelegenheit damit erledigt ist.

- Einstimmig -

14	Anregung gem. § 24 GO vom 25.02.2014 betr. Qualitätsoptimierung durch Bezug des Wassers vom Wahnachtalsperrenverband	190/2014-SBB
-----------	---	---------------------

Der Antragsteller war beim Aufruf des Tagesordnungspunktes nicht anwesend.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten verweist die Angelegenheit ohne Votum zur weiteren Beratung in den Betriebsausschuss.

- Einstimmig -

15	Mitteilungen mündlich und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	
-----------	---	--

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Keine.

Mündliche Mitteilung

Der Ausschussvorsitzende Herr Koch teilt dem jetzt anwesenden Petenten zu Tagesordnungspunkt 14 mit, dass der Tagesordnungspunkt bereits in der Sitzung behandelt wurde und dass die Angelegenheit ohne Votum zur weiteren Beratung in den Betriebsausschuss verwiesen wurde.

Die Sitzung wird von 19.15 Uhr bis 19.20 Uhr auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterbrochen.

16	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

Keine.

Ende der Sitzung: 19:22 Uhr

gez. Christian Koch
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung

Ausschuss für Bürgerangelegenheiten	30.09.2014
-------------------------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	422/2014-1
Stand	11.07.2014

Betreff Bestellung von Schriftführern / Schriftführerinnen für den Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten bestellt

Frau Petra Altaner und Frau Karin Schumacher-Lambertz

auf Widerruf zu Schriftführerinnen des Ausschusses.

Sachverhalt

Gem. § 58 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 7 in Verbindung mit § 52 Abs. 1 GO bestellt der jeweilige Ausschuss seine Schriftführerinnen. Der Bürgermeister schlägt vor, die o.a. Personen auf Widerruf zu bestellen.

Ausschuss für Bürgerangelegenheiten	30.09.2014
-------------------------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	340/2014-9
Stand	10.09.2014

Betreff Anregung nach § 24 GO vom 15., 17. und 22.04.2014 betr. Parkplätze im Oberdorf erhalten

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zu Kenntnis und betrachtet die Angelegenheit als erledigt.

Sachverhalt

Zu den beigegeführten Anregungen nimmt der Bürgermeister wie folgt Stellung:

Im Zusammenhang mit den umfangreichen Kanalbauarbeiten in Roisdorf, Brunnenallee und Brunnenstraße wurden vom damaligen Ortsvorsteher u.a. folgende vorübergehende Anordnungen zur Regelung des Parkverhaltens in Roisdorf als Ergänzungsantrag zur Vorlage-Nr. 157/2014-9 für die Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften am 26.03.2014 angeregt:

1. Donnerstein, zwischen Oberdorfer Weg und Schußgasse, Talseite: Eingeschränktes Halteverbot (Verkehrszeichen 286 StVO)
2. Südstraße, zwischen Schussgasse und Annastraße, Talseite: Eingeschränktes Halteverbot (Verkehrszeichen 286 StVO)
3. Berliner Straße, zwischen Oberdorfer Weg und Annastraße; Hangseite: Eingeschränktes Halteverbot (Verkehrszeichen 286 StVO)
4. Südstraße, in Richtung Alfter, wechselseitige Halteverbote
5. Einmündungsbereich der Berliner Straße in den Oberdorfer Weg, beidseitig: Absolut Halteverbot (Verkehrszeichen 283 StVO)
6. Verstärkte Kontrollen durch die Ordnungsbehörde im Rahmen der Überwachung des ruhenden Verkehrs

Nachdem der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften die Vorlage-Nr. 157/2014-9 in der Sitzung am 26.03.2014 von der Tagesordnung abgesetzt hatte, wurden die Anregungen entsprechend der geltenden Vorschriften im straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahren nach § 45 StVO unter Beteiligung der Polizei und des Straßenbaulastträgers erörtert.

Dabei wurde einvernehmlich für die angeregten Maßnahmen kein Regelungsbedarf gesehen, weil in den besagten Straßen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten vielfach schon gesetzliche Halteverbote nach der StVO (z.B. an engen Fahrbahnstellen, im Verlauf von Kurven, auf Gehwegen etc.) bestehen und weitergehende Anordnungen somit entbehrlich sind.

Außerdem sollten durch weitergehende Halteverbote für ortskundige Verkehrsteilnehmer

nicht noch weitere Anreize geschaffen werden, die Baustelle in der Brunnenstraße über Straßen im Roisdorfer Oberdorf zu umfahren.

Da mithin keine der von den Beschwerdeführern befürchteten straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen getroffen wurde und die Kanalbaumaßnahme im Bereich Brunnenallee / Brunnenstraße mittlerweile auch abgeschlossen ist, betrachtet der Bürgermeister die Anregungen nach § 24 GO als erledigt.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Parkplätze im Oberdorf erhalten

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

Stempel
15. APR. 2014
Rhein-Sieg-Kreis

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern:

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen.

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, 09.04.2014, mit freundlichem Gruß

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]

Parkplätze im Oberdorf erhalten

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

E. 15.04.2014

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

nehmen. Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern:

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen.

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, 06.04.2014, mit freundlichem Gruß

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED] 13/32 [REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

Parkplätze im Oberdorf erhalten

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern:

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen.

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, 06.04.2014, mit freundlichem Gruß

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

E. 17.04.19

Kopie an den Bürgermeister

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegelstr. 46, 53332 Bornheim

Parkplätze im Oberdorf erhalten

E. 17.04.14

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen.

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, im April 2014

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
		

Bitte per Post an das Rathaus schicken oder dort in den Briefkasten werfen!

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegestr. 46, 53332 Bornheim

Parkplätze im Oberdorf erhalten

E. 17.04.14

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, im April 2014

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
		
		

Bitte per Post an das Rathaus schicken oder dort in den Briefkasten werfen!

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegestr. 46, 53332 Bornheim

Parkplätze im Oberdorf erhalten

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

E 17.04.14

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

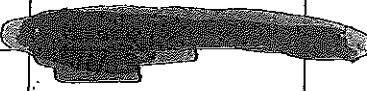
nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, im April 2014

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
		

Bitte per Post an das Rathaus schicken oder dort in den Briefkasten werfen!

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegelstr. 46, 53332 Bornheim

Parkplätze im Oberdorf erhalten

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

E. 22.04.14

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, im April 2014

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

Bitte per Post an das Rathaus schicken oder dort in den Briefkasten werfen!

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegestr. 46, 53332 Bornheim

Parkplätze im Oberdorf erhalten

E. 17.04.14

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, im April 2014

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]
[Redacted]	[Redacted]	[Redacted]

Bitte per Post an das Rathaus schicken oder dort in den Briefkasten werfen!

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegestr. 46, 53332 Bornheim

17. APR. 2014

Kopie an den Bürgermeister

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegelstr. 46, 53332 Bornheim

Parkplätze im Oberdorf erhalten

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

6.22.04.14

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, im April 2014

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

Bitte per Post an das Rathaus schicken oder dort in den Briefkasten werfen!

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegelstr. 46, 53332 Bornheim

Parkplätze im Oberdorf erhalten

E. 25.04.2014

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Bürgerangelegenheiten
Herrn Christian Koch
Rathaus
53332 Bornheim

Kopie an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Koch,

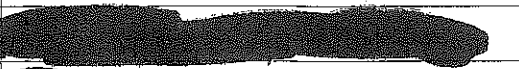
nehmen Sie bitte den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten. Wir bitten, die Anregung an die Fraktionen im Bornheimer Rat zur Kenntnisnahme weiter zu leiten, um vorschnelle Beschlüsse des Verkehrs- und Planungsausschusses vor der Sitzung des Bürgerausschusses zu verhindern.

Ich/Wir beantragen, den Antrag des Roisdorfer Ortsvorstehers Harald Stadler auf Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Roisdorfer Oberdorf und verstärkter ordnungsbehördlicher Überwachung der Parkverbote (Antrag vom 18. März 2014 zur VPLA-Vorlage 157/2014-9) abzulehnen

Begründung:

1. Im Oberdorf herrscht schon jetzt ein starker Mangel an Parkmöglichkeiten. Bei einer drastischen Einschränkung gibt es für viele Anwohner keine Möglichkeiten, ihre Fahrzeuge abzustellen. Die Parkplatz-Situation sollte im Zuge des anstehenden Straßenausbaus geregelt und verbessert werden.
2. Rettungs- und Müllfahrzeuge kamen bisher mit der Parkplatz-Situation zurecht. Hier besteht kein Änderungsbedarf.
3. Die momentane Parksituation trägt zur Verkehrsberuhigung bei. Wir wollen keine Straßen, wo gerast werden kann. Die Sicherheit der Kinder und der älteren Mitbürger muss Vorrang haben vor einer autogerechten Straße.

Roisdorf, im April 2014

Vor- und Zuname:	Anschrift:	Unterschrift:
		
		
		

Bitte per Post an das Rathaus schicken oder dort in den Briefkasten werfen!

V.i.S.d.P: S. Wicht, Schlegestr. 46, 53332 Bornheim

Ausschuss für Bürgerangelegenheiten	30.09.2014
-------------------------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	582/2014-9
Stand	17.09.2014

Betreff Anregung nach § 24 GO vom 12.08.2014 betr. Aufhebung der Sperrung Schulstrasse (ab Altenberger Gasse bis Schubertstrasse)

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Sachverhalt

Zur beigefügten Anregung vom 12.08.2014 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Der Verkehrsknoten Merten, Schubertstraße (K 33) / Offenbachstraße / Schulstraße steht leider seit Jahren wegen der Häufung von Verkehrsunfällen im Focus. Vor einigen Jahren waren vorrangig das Geschwindigkeitsverhalten sowie der glatte Fahrbahnbelag, der vor allem bei Nässe eine Unfallgefahr darstellte, auf der Schubertstraße (K 33) der Grund der Unfallhäufung.

Darauf hin wurde vom Landrat des Rhein-Sieg-Kreises im Jahre 2009 die Fahrbahndecke saniert und dadurch die Griffigkeit des Belages erhöht. Das Geschwindigkeitsverhalten wird regelmäßig von Seiten der Polizei sowie des Verkehrsdienstes des Landrates überwacht und Verstöße entsprechend geahndet.

Diese Maßnahmen haben sich nachweislich positiv auf das Unfallgeschehen ausgewirkt, so dass der Verkehrsknoten als Unfallhäufungsstelle zunächst gelöscht werden konnte. In den letzten beiden Jahren musste jedoch wieder ein erhöhtes Unfallaufkommen festgestellt werden, das zur erneuten Ausweisung als Unfallhäufungsstelle führte. Hauptursache dieser Unfälle waren Ab-/Einbiegevorgänge von der Schubertstraße in die Schulstraße.

Aus diesem Grunde beschloss die Unfallkommission des Rhein-Sieg-Kreises im Jahre 2013, „die Bautiefe der aus Fahrtrichtung L 183 kommenden, die Fahrbahn einengenden Kanzeln jeweils fahrbahnseitig zu tauschen. Hierdurch erfahren gerade die Verkehrsteilnehmer aus Fahrtrichtung L 183 eine stärkere Ablenkung auf ihrer Fahrlinie, was sich positiv auf die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auswirken wird.“

Nachdem dies durch den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises als zuständigen Straßenbaulastträger bisher nicht umgesetzt war, wurde in der diesjährigen Sitzung der Unfallkommission am 04.04.2014 beschlossen, als provisorische Sofortmaßnahme die Schulstraße zwischen Altenberger Gasse und der K 33 aus beiden Richtungen mit VZ 267 StVO (Verbot der Einfahrt) mit den Zusätzen 1026-36 StVO (Landwirtschaftlicher Verkehr frei), 1022-10 StVO (Radfahrer frei) zu beschildern.

Da die Entscheidungen der Unfallkommission bindet sind, war die Stadt Bornheim gehalten, die beschlossene Beschilderung im Rahmen der Gefahrenabwehr gem. § 45 StVO anzuordnen.

In einem Gespräch zwischen Vertretern des Kreises und der Stadt Bornheim sind noch einmal Möglichkeiten einer möglichst zügigen Umsetzung von Maßnahmen durch den Rhein-Sieg-Kreis erörtert worden. Vom Landrat des Rhein-Sieg-Kreises wurde mitgeteilt, dass bis Ende 2014 die Maßnahmen auf der Schubertstraße zumindest provisorisch in Form von Fahrbahnmarkierungen umgesetzt werden sollen. Der Bürgermeister wird darauf drängen, dass die Sperrung der Schulstraße dann wieder aufgehoben wird.

Nachdem dies geschehen ist, erfolgt eine Verkehrsbeobachtung von mindestens 1 Jahr. Entsprechend der Ergebnisse entscheidet die Unfallkommission des Rhein-Sieg-Kreises anschließend über den Fortgang der Angelegenheit.

Finanzielle Auswirkungen

Keine

Anlagen zum Sachverhalt

Anregung

[REDACTED]

Stadt Bornheim
10. SEP. 2014
Rhein-Sieg-Kreis

[REDACTED]
Christian Koch
Vorsitzender des Ausschusses für
Bürgerangelegenheiten der Stadt
Bornheim
Rathausstr. 2
53332 Bornheim

12.08.2014

Bürgerantrag gemäß §24 Gemeindeordnung NRW:
„Aufhebung der Sperrung Schulstrasse (ab Altenberger Gasse bis Schubertstrasse)“

Sehr geehrter Herr Koch,

als Anwohnerin der Schulstrasse beantrage ich sowie weitere Bürger (Unterschriftensammlung), die Sperrung der Schulstraße zwischen Altenberger Gasse und Schubertstraße für den PKW-Verkehr wieder aufzuheben.

Begründung: Kurzfahrten zwischen Kardorf und Merten werden umständlich über die ohnehin belastete Lindenstrasse geführt. Dort rollen öffentlicher Nah- und Schulbusverkehr, Anwohner und Anlieger aus Hemmerich und Kardorf quälen sich schon täglich zwischen die Lücken der parkenden Autos, um die komplizierten Vorfahrtregelungen der Lindenstrasse zu beachten, was nun dort zu einer erhöhten Unfallgefährdung führen könnte.

Ortsunkundige müssen von der A555 oder Wesseling/Sechtem usw. nun Umwege fahren, statt die Schulstrasse nutzen zu können. Die meisten Navigationsgeräte, dürften wohl kaum zeitnah diese Änderung upgedated haben. Hinzu kommt, dass der Strassenbelag des Eichenweg zwischen Kardorf und Sechtem sehr stark beschädigt ist.

Von Merten aus kommend, muss man ebenfalls durch die stark frequentierte und blockierte Beethovenstrasse fahren.

Mir ist die Unfallträchtigkeit durch die bisherige Rechts-Vor-Links-Regelung durchaus bewußt, aber meines Erachtens, könnte man hier mit weißen Fahrbahnmarkierungen diese Regelung noch mal visuell verstärken.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]
[REDACTED]

Unterschrift

[illegible]

Ausschuss für Bürgerangelegenheiten	30.09.2014
-------------------------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	583/2014-9
Stand	25.09.2014

Betreff Beschwerde nach § 24 GO vom 29.08.2014 betr. Parkplatzprobleme, Borsteinabsenkung Lochnerstraße in Dersdorf

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Bürgerangelegenheiten nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kenntnis und betrachtet die Angelegenheit als erledigt.

Sachverhalt

Zur beigefügten Beschwerde vom 20.03.2014 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Wegen der Verkehrssicherungspflicht an Gemeindestraßen führt der Stadtbetrieb Bornheim im Auftrag des Bürgermeisters regelmäßige Straßenkontrollen durch. Dabei wurde Anfang des Jahres 2014 festgestellt, dass in Dersdorf vor dem Grundstück Lochnerstraße 6 auf einer Länge von ca. 16 m Betonplatten in der Entwässerungsrinne lagen, die offensichtlich als Rampe dienten um von der Fahrbahn über den vorhandenen Bordstein auf das Privatgelände fahren zu können.

Da die Entwässerungsrinne Bestandteil der Fahrbahn ist und der ordnungsgemäßen Straßenoberflächenentwässerung dient, hat der Bürgermeister die Eigentümerin des Grundstücks mit Schreiben vom 19.02.2014 aufgefordert, diesen Eingriff in das städtische Eigentum bis spätestens 07.03.2014 zu beseitigen.

Begründet wurde diese Aufforderung mit der

- Verkleinerung der öffentlichen Verkehrsfläche,
- Störung des geregelten Ablaufs von Niederschlagswassers sowie der
- Unfallgefahr für Fußgänger und Radfahrer.

Gleichzeitig wurde der Eigentümerin anheim gestellt, für den fraglichen Bereich bei der Stadtverwaltung eine Genehmigung zur Bordsteinabsenkung zu beantragen.

Nachfolgend ließ die Eigentümerin sich anwaltlich vertreten, beantragte Akteneinsicht und wies gestützt auf eine Vielzahl von Fotos aus dem Stadtgebiet Bornheim auf Vergleichsfälle hin, in denen illegale Rampen u.ä. im öffentlichen Verkehrsraum vorzufinden sind. Hiermit sollte offensichtlich unter Umgehung des Rechtsgrundsatzes „keine Gleichbehandlung im Unrecht“ eine Duldung des beschriebenen Zustandes erreicht werden.

Da eine solche Duldung jedoch nicht in Betracht kam, nutzte der Ehemann der Eigentümerin eine Bürgersprechstunde Ende März 2014 zum persönlichen Gespräch mit dem Bürgermeister. Themen dieses Gesprächs waren neben der Zusage, die Betonplatten aus dem Verkehrsraum zu entfernen, auch die Länge der möglichen Bordsteinabsenkung. Der Petent begehrte eine Bordsteinabsenkung auf der ganzen Grundstückslänge von 16 m zur Andienung von 6 Stellplätzen rechtwinklig zur Fahrbahnachse.

Nach dem Gespräch beim Bürgermeister hatte der Petent zwischenzeitlich die Hindernisse im Verkehrsraum (Rampen) entfernt. Bei einer erneuten Ortsbesichtigung im September 2014 waren ähnliche jedoch wieder vorhanden, so dass ein erneuter Verstoß gegen geltendes Recht vorliegt. Deshalb wurde die Eigentümerin sofort nach bekannt werden des Missstandes erneut aufgefordert, diesen zu beheben.

Hierzu wurde ihm erklärt, dass nach den Bestimmungen des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG NRW) und den einschlägigen Bauvorschriften Anspruch auf eine Grundstückszufahrt in üblicher Breite besteht. Jede weitere Zufahrt gilt vom Grundsatz als Sondernutzung. Hier- von kann im Einzelfalle abgewichen werden, wenn bereits in der unmittelbare Umgebungs- bebauung abweichende Regelungen vorhanden sind. In der Lochnerstraße ist zwar ein ver- gleichbarer Ausnahmefall bei Hausnummer 7 vorhanden. Allerdings gehört dieses Grund- stück ebenfalls der Familie des Petenten und auch hier wurde die Bordsteinabsenkung aus- weislich der vorliegenden Luftbilder zwischen März 2010 und März 2013 ohne vorherige Ab- stimmung und Genehmigung durch den Straßenbaulastträger herbeigeführt. Mithin kann der Petent sich hierauf nicht beziehen, da sich um eine nicht legalisierte Bordsteinabsenkung handelt.

Da auf den fraglichen Stellplätzen vorher ein Gebäude stand, wurde durch die Eigentümerin eine Nutzungsänderung vorgenommen und eine Stellplatzanlage angelegt. Ohne Abstim- mung und Genehmigung des Straßenbaulastträgers wurde außerdem ein Teil der öffentli- chen Verkehrsfläche in die Stellplatzanlage dauerhaft einbezogen. Diese Genehmigung kann der Bürgermeister nicht in Aussicht stellen, zumal hier nach erfolgter Überprüfung ein Rück- bau der überbauten Fläche zu erfolgen hat. Die vorhandene Straßenlampe steht insoweit faktisch auf öffentlicher Verkehrsfläche und nicht auf der privaten Stellplatzanlage.

Da vor Grundstückszufahrten ein gesetzliches Halteverbot gilt, würden bei einer 16 m breiten Bordsteinabsenkung die Parkmöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum auf der Lochner- straße entsprechend eingeschränkt. Zudem könnten sich aufgrund der topographischen Ge- gebenheiten vor Ort bei Starkregen und entsprechendem Wegfall des Bordsteins neben der Entwässerungsrinne Probleme beim Überflutungsschutz ergeben.

Ziel des Bürgermeisters ist es, zur Gewährleistung von Verkehrssicherheit, Verkehrsfunktion und eines optimalen Stellplatzangebotes im öffentlichen Verkehrsraum grundsätzlich nur eine Zufahrt zu genehmigen. Wünschenswert wären daher zukünftig nebeneinander liegen- de private Stellplätze, die direkt senkrecht zur Straße ausgerichtet sind, zu vermeiden. Wo- bei im begründeten Einzelfall, wenn es für die Nutzung des Grundstücks notwendig sein soll- te oder die Straßengeometrie es erfordert, im angemessenen Rahmen davon abgewichen werden kann.

Auf dieser Grundlage konnte dem Petenten bei der Bürgersprechstunde keine konkrete Zu- sage für die beantragte Bordsteinabsenkung von rd. 16 m gemacht werden.

In Aussicht gestellt wurde ihm allerdings, wegen der Besonderheiten des Einzelfalles (u.a. zur Anfahrt des Grundstücks mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen bzw. Gespannen) nach Antragstellung der Abschluss einer Erschließungsvereinbarung über eine Bordsteinabsen- kung in der Breite von 6 – 8 m. In der Erschließungsvereinbarung sollten dann auch die aus Gründen des Überflutungsschutzes vom Petenten zu tragenden Maßnahmen festgelegt wer- den.

Ein entsprechender Antrag auf Bordsteinabsenkung liegt der Verwaltung bisher nicht vor.

Der Vollständigkeit halber teilt die Verwaltung mit, dass in vom Petenten benannten Ver- gleichsfällen, die jeweiligen Eigentümer ebenfalls aufgefordert wurden, die Hindernisse aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen. Diese Verfahren sind derzeit noch nicht voll-

ständig abgeschlossen.

Wie dargestellt wurde der vom Petenten gewünschte Kompromiss in dieser Angelegenheit bereits während der Bürgersprechstunde angeboten.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Lochnerstrasse
53332 Bornheim

29.08.2014



Bürgerausschuß der Stadt Bornheim
Der Vorsitzende
Rathausstrasse
53332 Bornheim

Parkplatzprobleme, Bordsteinabsenkung, Lochnerstrasse

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Ehefrau und ich sind Besitzer der Gebäuden Lochnerstrasse und sowie der
Dürerstrasse (Eckgrundstück zur Lochnerstrasse)
Weiter gehören die „Freiflächen“ Dürerstrasse und Lochnerstrasse zu unserem Besitz.

Lochnerstrasse	eigengenutztes Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten
Lochnerstrasse	Zweifamilienhaus
Dürerstrasse	Einfamilienhaus, z.Z. Leerstand

Die Fläche Dürerstrasse, keine postalische Anschrift, Bebauung mit Schuppen und
Hoffläche, ist der Dürerstrasse hinzuzurechnen.
Die ehemalige Bebauung der Lochnerstrasse wurde durch einen Anteil Hausgarten und
Lagerfläche sowie KFZ – Stellplätze für Mieter ersetzt.

Seit nunmehr vielen Jahren kämpfe ich mit einer Parkplatznot auf der öffentlichen Strasse, die
sich dann mit zugeparkten Einfahrten oder auch Behinderungen generell von Fahrzeugen aus
der direkten Nachbarschaft darstellt.

Es wurden meinerseits die verschiedensten Vorschläge und Anträge an die Stadt gestellt,
leider ergebnislos.

Die ganze Angelegenheit habe ich durch Schaffung der Stellplätze, Lochnerstrasse im
Herbst 2008, etwas entschärft, allerdings nicht zufriedenstellend.

Nun erhalte ich im Frühjahr dieses Jahres die Aufforderung der Stadt, meine Stellplätze zu
verändern! Durch das Befahren der Stellplätze würde öffentlicher Parkraum verloren gehen.
Ende März kam es dann zu einem geladenen Termin zwischen mir und Herrn Bgm Henseler.
Der Ausgang dieses Gesprächs war für mich ebenfalls nicht zufriedenstellend.

Drei von den sechs Stellplätzen werden seit Ostern nicht mehr genutzt, man parkt eben auf
der Strasse! Somit ein Rückschritt im öffentlichem Parkraum.

Zwei direkte Nachbargebäude wurden zu vermieteten Monteurzimmern, 16 Betten / Schlafplätze, umgebaut. Seit Beginn der Vermietung, in etwa vor 2 Monaten, ist die Straße dementsprechend überfüllt verparkt! Auch meine Stellplätze werden von Monteuren, mangels anderer Möglichkeiten, belegt.

Dieses führte dazu, dass ich diese Woche unsere Stellplätze wieder unseren Mietern befahrbar zur Verfügung stellte. Laut Stadt Bornheim, Schreiben vom März 2014, ist dieses jedoch nicht gestattet.

Ich befinde mich also zur Zeit in einer „behelfsmäßigen Grauzone“, wotüber ich die Stadt Bornheim noch nicht informiert habe.

Es ist mir nicht möglich hier alles genau schriftlich zu erklären. Es gibt eine ganze Reihe von Schriftverkehr, Belegen, Beweise und Fotos sowie auch Zeugen. Die ganze Angelegenheit scheint restlos festgefahren!

Die Beschwerden meiner Mieter häufen sich!

Ich bitte Sie um Hilfe, um Unterstützung.

Ist es möglich, dass ich bei einer Ihrer nächsten Sitzungen meine Probleme mündlich genauer darstellen, erklären kann?

Dann in der Hoffnung, dass ich mit Ihrer Unterstützung einen gesunden Kompromiss mit der Stadt Bornheim erreiche.

Über eine zeitnahe Rückantwort würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

A large, dark, rectangular area where the signature and possibly the name of the sender have been redacted with heavy black ink.

Inhaltsverzeichnis

53/2014, 30.09.2014, Sitzung des Ausschusses für Bürgerangelegenheiten	1
Sitzungsdokumente	
Einladung Ausschüsse	2
Niederschrift ö BürgA 18.03.2014	3
Vorlagendokumente	
TOP Ö 1 Bestellung von Schriftführern / Schriftführerinnen für den Ausschuss fü	
Vorlage 422/2014-1	9
TOP Ö 5 Anregung nach § 24 GO vom 15., 17. und 22.04.2014 betr. Parkplätze im O	
Vorlage 340/2014-9	10
Anregungen 340/2014-9	12
weitere Anregung 340/2014-9	23
TOP Ö 6 Anregung nach § 24 Go vom 12.08.2014 betr. Aufhebung der Sperrung Schu	
Vorlage 582/2014-9	24
Anregung 582/2014-9	26
TOP Ö 7 Beschwerde nach § 24 GO vom 29.08.2014 betr. Parkplatzprobleme, Borste	
Vorlage 583/2014-9	28
Beschwerde 583/2014-9	31
Inhaltsverzeichnis	33